

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Februar 2020 Nr. 181

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

In dieser Zeitung geht es massgeblich um das Referendum gegen die neuen Kampfjets. Dieses ist seit dem 8. Januar in vollem Gange. Einiges spricht gegen diesen Kauf. Uns beschäftigen vor allem die Kosten, die Undurchsichtigkeit und die Umweltschädlichkeit des Beschaffungsbeschlusses. Mehr dazu auf Seite 4 und 5.

Ein Update in Sachen Zivildienst gibt es auf Seite 3. Das Geschäft wurde vom Nationalrat in den Ständerat zurückgeschickt und verzögert sich deshalb ein wenig, was uns Platz gibt für einen historischen Rückblick auf den wichtigen zivilen Ersatzdienst.

Neben diesen zwei grossen Brocken, die uns in diesem Jahr sehr stark beschäftigen, wollen wir auf Seite 6 aber natürlich auch andere wichtige nationale sicherheitspolitische Themen nicht aus den Augen verlieren. Neben den Kriegsmaterialexporten und der RUAG ist dies zum Beispiel die Reaktion des Bundesrates auf die Korrektur-Initiative, die erfreulicher als erhofft ausfiel.

Es folgt schliesslich noch ein Blick über die Landesgrenze auf Seite 7: Der türkische Angriff in Nordsyrien beschäftigt uns seit Ende 2019 und auch die Repression gegen die Bevölkerung in Chile ist höchst besorgniserregend. Dazu gibt es noch eine Geschichte über einen Waffentransporter, der mit widerständischen HafenerbeiterInnen zu schaffen hat.

Zum Schluss auf Seite 8 und ganz am Anfang auf dieser Seite erfahren Sie, was GSoA-intern seit der letzten Zeitung alles passiert ist. Es gibt erneut Wechsel in zwei Sekis, Aktionen, einen Ausblick auf den bevorstehenden Ostermarsch und eine herzliche Einladung zu unserer alljährlichen Vollversammlung.

Wir wünschen euch gute Lektüre,
Judith Schmid und das Redaktionsteam

AKTION

Nein zum Krieg in Rojava

Nach dem Abzug der US-amerikanischen Truppen aus dem Norden Syriens Anfang Oktober hat die Türkei eine gross angelegte Militäroffensive gegen die Bevölkerung in der autonomen Region Rojava gestartet. Die GSoA reagierte! Von Thomas Bruchez

Angesichts dieses Aggressionskriegs, der zahlreichen Menschen das Leben kostete, hat die GSoA rasch reagiert und sechs Forderungen an verschiedene Akteure gestellt. Diese unter-

mauerten wir mit dezentralen Aktionen in drei Schweizer Städten.

In Zürich forderten AktivistInnen von der UBS und der Credit Suisse, dass sie aufhören, in Kriegsmaterialproduzenten zu investieren. In Bern verlangte die GSoA vom Bund ein Embargo von Waffenlieferungen an die Türkei sowie eine Direktaufnahme von Personen aus den vom Krieg betroffenen Regionen. In Genf stand die Forderung einer Friedenskonferenz im Vordergrund.



In Genf fordern die AktivistInnen eine diplomatische Offensive der Schweiz um den Angriff der Türkei in Rojava zu beenden. Foto: GSoA.

BLOCKADE

Panzer stoppen, Kriege beenden, Klimakrise beenden!

(Salome Lüthy) Am 16.10 stoppten wir mit einer Menschenblockade das grösste Defilee der Schweizer Armee seit zehn Jahren. Friedlich und mit einem grossen Transparent mit der Aufschrift «Panzer stoppen, Kriege beenden, Klimakrise bekämpfen!» stellten wir uns den Kriegsmaschinen in den Weg. Wir forderten, dass die Schweiz sich dezidierter gegen Kriege, wie den in Rojava, ausspricht; Handelsinteressen nicht über Menschenrechte stellt und die Klimakrise vehementer bekämpft. Gerade jetzt, da Erdogan völkerrechtswidrig in Rojava einmarschiert ist, ist eine Militärparade absolut inakzeptabel! Auch in der Zeit der Erderhitzung ist ein solches Defilee mit schweren, unökologischen Panzern höchst bedenklich. Unfassbar ist ausserdem, dass die Schweiz lediglich eine halbe Milliarde für die globale Bekämpfung

der Klimakrise gesprochen hat, während sie gleichzeitig jährlich 4,5 Milliarden ins Militär investiert. Gegen diese Missstände wollten wir uns wehren und führten erfolgreich die Aktion «Panzer stoppen» durch!



AktivistInnen blockieren die Panzerparade. Foto: zVg

Ostermarsch 2020

(nf) Der nächste Ostermarsch findet am 13. April 2020 in Bern statt. Der in den 1990ern eingeführte Zivildienst wird seit einigen Jahren regelmässig in Frage gestellt, unter anderem indem der Zugang dazu immer schwieriger gestaltet wird. Dieses Jahr mobilisieren wir uns gegen diese rückschrittliche Tendenz, die den zivilen Ersatzdienst stark gefährdet.

Seit seiner Einführung stösst der Zivildienst bei den zum Militärdienst verdonnerten Männern auf immer grösser werdendes Interesse. Solange es die Wehrpflicht in der Schweiz gibt, ist es absolut notwendig, eine zivile Alternative anzubieten. Mit dem Slogan «Zivildienst: Lieber nach vorne statt zurück!» verteidigen wir das Recht, einen friedlichen Einsatz an Stelle des militärischen Aufgebots wählen zu dürfen. Wir unterstützen die Aufwertung dieses für die Gesellschaft konstruktiven Dienstes statt eines Zerstörungspotentials und verlangen, dass der Zivildienst gestärkt und nicht mit immer mehr Einschränkungen geschwächt wird. Wir marschieren ab 13.30 Uhr der Aare entlang vom Eichholz bis zum Berner Münster. Dort geht die Veranstaltung an der Seite des Schweizerischen Zivildienstverbands (CIVIVA) weiter. Kingend untermalt wird das Ganze zum Abschluss von Katze Steffans balkanischen Melodien. Weitere Informationen findet ihr auf der Webseite des Ostermarschs: www.ostermarschbern.ch

REFERENDUM

Kampfjetaktion auf dem Bundesplatz

(kp) Das Parlament hat am 20. Dezember 2019 definitiv entschieden: Sechs Milliarden sollen in die Beschaffung von neuen Kampfjets fliesen. Die NZZ am Sonntag enthüllte diesbezüglich, dass sich die Kosten für die Jets über die gesamte Lebensdauer hinweg auf 24 Milliarden Franken summieren werden. Ein massiver Betrag, welcher in Bereichen wie der Bildung, in der Gleichstellung oder gegen den Klimawandel fehlen wird. Somit kann der Entscheid des Nationalrates als ein überteuertes und vor-

gezogenes Weihnachtsgeschenk verstanden werden. Darum zogen wir pünktlich zu Weihnachten mit einem als Geschenk verpackten Jet auf den Bundesplatz und sagten damit deutlich: Einmal retour bitte, dieses Weihnachtsgeschenk will niemand! Die Aktion läutete damit auch die Referendumskampagne ein. Am 8. Januar starteten wir schweizweit mit der Sammelphase. Bereits über 10'000 Personen haben sich innerhalb einer Woche dazu bereit erklärt, die nötigen 50'000 Unterschriften zu sammeln.



Aktion gegen den Kauf der neuen Kampfjetler auf dem Bundesplatz kurz vor Weihnachten. Foto: GSoA

Vollversammlung 2020

(nf) Die nächste Vollversammlung der GSoA findet am 26. April 2020 im Restaurant Kreuz in Solothurn statt. Wie gewohnt schauen wir zuerst auf das vergangene Jahr zurück. Doch danach stehen die aktuellen Brennpunkte der GSoA-Aktivitäten auf der Tagesordnung. Es geht dabei natürlich um das Referendum gegen die Kampfjets, für das die Unterschriftensammlung momentan in vollem Gange ist. Wir werden ebenfalls den aktuellen Stand der Kriegsgeschäftsinitiative besprechen, die vor fast drei Jahren lanciert wurde und zu der sich der Nationalrat während der nächsten Session äussern sollte. Während ebendieser Session wird das Parlament über die Verschärfung der Zugangsregeln für den Zivildienst beraten. Auch dieses Thema verlieren wir nicht aus den Augen und wird sicher ein wichtiges Traktandum an der Vollversammlung sein. Das detaillierte Programm wird in Kürze auf der Website www.gsoa.ch aufgeschaltet sein. Wir freuen uns darauf, im April mit euch zu diskutieren!

ZIVILDIENTST

Der lange Weg zum Zivildienst

Der Höhepunkt eines 90 Jahre dauernden Kampfes waren die 83 Prozent Ja-Stimmen am 17. Mai 1992. Von Josef Lang

Die allererste Petition für die Einführung eines Zivildienstes stammte von Paul Pettavel, dem protestantischen Pfarrer von La-Chaux-de-Fonds. Der aus einer Uhrmacher-Familie des Val-de-Travers stammende religiöse Pazifist und Vorkämpfer des Frauenstimmrechts hatte 1903 eine Petition für die Schaffung eines Zivildienstes eingereicht. Angesichts des Aufstiegs des preussischen Militarismus in der Schweiz hatte sein Anliegen keine Chance.

Religiös-Sozialistische Petition

1923 reichten die Religiös-Sozialisten Leonhard Ragaz, ein Pfarrer aus dem Bündnerland, und Pierre Cérésolle, ein Mathematiker aus Lausan-

ne, eine von 40'000 Personen mitunterzeichnete Petition ein. Diese verlangte die Schaffung eines Zivildienstes, der einen Drittel länger dauerte als der Militärdienst. Ragaz war, bevor er 1912 Sozialist wurde, freisinniger Feldprediger gewesen. Während des Zweiten Weltkriegs gehörte er zu den wichtigsten Zensur-Opfern. Cérésolle, Sohn eines freisinnigen Bundesrates, hat 1916 als Untauglicher den Wehrpflichtersatz verweigert und 1920 den Service Civil International gegründet. Als er 1945 starb, war er sechsmal im Gefängnis gewesen.

Eine erneute Bedeutung gewann der Zivildienst mit dem Wiederaufstieg der Verweigerer-Zahlen ab 1966. Die 1974 gestartete Volksinitiative aus dem Gymnasium Münchenstein wurde, da sie als allgemeine Anregung formuliert war, völlig verwässert und verfälscht. So wurde sie neben den Wehrpflicht-Fundamentalisten

auch vom Friedensrat und von der Linken abgelehnt. Selbst die InitiantInnen vermochten sich für die Vorlage nicht mehr zu erwärmen. Sie scheiterte am 4. Dezember 1977 mit 62 Prozent Nein-Stimmen. Kurz vor der Abstimmung hatten Einzelpersonen die Tatbeweis-Initiative lanciert, die einen Verzicht auf die Gewissensprüfung forderte.

Tatbeweis-Initiative

1984, als die Schweiz 788 Verweigerer verurteilte, ist es der «Aktion Freiheit und Verantwortung», ihrem «Verein zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft», der «Arbeitsgemeinschaft für gleiche Wehrpflicht und eine friedenssichernde Milizarmee», dem «Eidgenössischen Komitee für allgemeine Wehrpflicht», dem «Schweizerischen Aktionskomitee gegen die Aushöhlung der Allgemeinen Wehrpflicht», dem «Überparteilichen Komitee gegen die Unterwanderung unserer Milizarmee», dem «Komitee gegen die Dienstverweigererinitiative» und der «Aktion wehrhafte Friedenssicherung» gelungen, aus der zweiten Zivildienstinitiative eine Armeeabschaffungs-Initiative zu machen. Nach dieser hauptsächlich aus dem Rüstungslobby-Büro Farner orchestrierten Kampagne schaffte der Tatbeweis am 26. Februar 1984 lediglich 36 Prozent Ja-Stimmen. Viele Verweigerer und Zivildienst-AktivistInnen zogen daraus den Schluss, dass es an der Zeit sei, die Gretchenfrage zu stellen und machten ein gutes Jahr später mit bei der Lancierung der GSoA-Initiative.

Um das sensationelle GSoA-Resultat vom 26. November 1989 zu erklären, verwiesen viele Bürgerliche auf den fehlenden Zivildienst. Auch wenn die GSoA diese Analyse etwas ver-

kürzt fand, zog sie die logische Folgerung: sofortige Amnestie und unverzügliche Schaffung eines Zivildienstes. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, rief die Vollversammlung vom 9. September 1990 zur Massenverweigerung auf, bis Amnestie und Zivildienst verwirklicht sind. Einen Monat später ergriff die GSoA mit der SPS und dem alternativen Grünen Bündnis Schweiz (GBS) das Referendum gegen die sogenannte Barras-Reform. Dieser Etikettenschwindel verzichtete zwar auf das Gefängnis, behandelte aber die Verweigerung weiterhin als Straftatbestand. Bei einer tiefen Stimmbeteiligung schaffte die Vorlage am 2. Juni 1991 lediglich 56 Prozent Ja-Stimmen – bei Nein-Mehrheiten in der Romandie. Mit 63,5 Prozent stimmte der Thurgau am deutlichsten Ja.

Mai 92

Der Mai 1992 ist einer der fortschrittlichsten Monate der Schweizer Geschichte. Im fraglichen Monat sammelte die GSoA eine halbe Million Unterschriften gegen die Beschaffung neuer Kampfjets. Und in dessen Mitte, am 17., stimmten 1'442'263 Personen für die Einführung eines Zivildienstes; ein Nein eingelegt hatten 305'441 BürgerInnen. Die höchsten Ja-Anteile hatten die beiden Basel (92 bzw. 89 Prozent), Genf (87 Prozent) sowie Zug und Tessin (86 Prozent). Den tiefsten Ja-Anteil lieferte das Wallis mit 65 Prozent. Der Zivildienst wurde am 1. Januar 1996 eingeführt – allerdings mit einer unwürdigen Gewissensprüfung vor einer Zulassungskommission. Sie wurde auf Druck von Linken und Liberalen, aber auch wegen deren Unmöglichkeit, 2009 abgeschafft. Der Zivildienst wurde zu einem derartigen Erfolg, dass die Militärschäfer in ihm eine Gefahr für ihre kriselnde Armee sahen. Setzen wir ihnen im kommenden Referendumskampf die 83 Prozent-Mehrheit vom Mai 1992 entgegen!



Symbolischer Ausbruch aus dem Gefängnis eines Kriegsdienstverweigerers Anfang der 90er-Jahre. Foto: Sozialarchiv

ZIVILDIENTSTGESETZ

Differenzen innerhalb der Bundesversammlung

Mit einer sehr knappen Mehrheit (97 zu 93 Stimmen bei 6 Enthaltungen) ist der Nationalrat auf die Revision des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst eingetreten. Mit 102 zu 92 Stimmen stimmten die NationalrätInnen einer Verschärfung der Bedingungen für den Zugang zum Zivildienst zu. Differenzen bestehen dennoch. Von Aline Bressoud

Das erklärte Ziel der Gesetzesrevision ist, die Zahl der Eintritte in den Zivildienst deutlich zu reduzieren, um die Bestände der Armee zu sichern. Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Bundesrat acht Massnahmen zur Verringerung der «Attraktivität» des Zivildienstes vorgeschlagen.

Am 11. September 2019 akzeptierte der Ständerat sieben der ursprünglich vorgeschlagenen acht Massnahmen. Die Massnahme zur Abschaffung von Zivildiensteinsätzen im Ausland wurde hingegen abgelehnt. Am 18. Dezember

2019 wurde die Revision dann im Nationalrat behandelt. Gleich wie der Ständerat, aber entgegen der Meinung des Bundesrates, vertrat der Nationalrat die Auffassung, dass es weiterhin möglich sein sollte, die Entsendung von Zivildienstleistenden ins Ausland zuzulassen. Dazu lehnten die VolksvertreterInnen auch die Massnahme zur Einführung einer zwölf monatigen Wartezeit ab. Diese Massnahme ist besonders bestrafend, da sie verlangt, dass Soldaten, die in die Armee eingegliedert werden, ein Jahr warten müssen, bevor sie von der Verpflichtung zum Militärdienst befreit werden. Das bedeutet: Eine Person, die während ihres Militärdienstes erkennt, dass diese Institution nicht mit ihren ethischen, moralischen oder religiösen Werten vereinbar ist, muss trotzdem noch ein Jahr lang in der Armee dienen, bevor sie in den Zivildienst eintreten kann. Dieser neue Entscheid führt daher zu Differenzen zwischen den Kammern, weshalb die Angelegenheit in der nächsten Session wieder an den Ständerat zurückverwiesen wird.

Andere Strafmassnahmen und restriktive Massnahmen

Die anderen Massnahmen aber winkte der Nationalrat durch, auch wenn diese ebenso untragbar sind. So haben die ParlamentarierInnen beispielsweise akzeptiert, dass die Zulassung von Angehörigen der Armee mit null Restdiensttagen sowie die Einsätze, die ein Human-, Zahn-, oder Veterinärmedizinstudium erfordern, künftig verboten werden sollen. Auch wurde die Massnahme gebilligt, welche die jährliche Einsatzpflicht ab dem Kalenderjahr nach rechtskräftiger Zulassung fordert. Auch die Verlängerung des Zivildienstes für Unteroffiziere und Offiziere kam durch. Schliesslich genehmigte der Nationalrat die Massnahme zur Einführung eines Mindestdienstes von 150 Tagen Zivildienst, unabhängig vom Zeitpunkt des Übertritts. Diese Massnahme verstösst gegen den Grundsatz der Verhältnismässigkeit und der Gleichbehandlung, da die Zivildienstleistenden bereits heute 1,5 Mal der Anzahl der Tage, die sie nicht in der Armee gedient haben,

absolvieren müssen. Mit dieser neuen Massnahme wird eine Person umso mehr bestraft, je mehr Tage sie in der Armee gedient hat.

Ein unsinniges Projekt

Diese Gesetzesänderung ist absurd und wird die Probleme der Armee nicht lösen. Vier Berichte bestätigen nicht nur, dass der Zivildienst das Armeepersonal nicht gefährdet, sondern auch dass die Bundesbehörden mit der Verschärfung der Zugangsbedingungen das Grundrecht angreifen, den Zivildienst leisten zu können, was ein grundlegendes Recht ist, solange der Militärdienst obligatorisch ist. Die GSoA wird sich vehement dafür einsetzen, dass dieses Recht nicht eingeschränkt wird.

REFERENDUM

Kampfjet-Sammelphase hat begonnen

Einer fulminanten Vorkampagne, welche am 9. Dezember startete, folgte am 8. Januar die offizielle Lancierung des Kampfjet-Referendums. Dieses wird getragen von GSoA, SP und Grünen und unterstützt von den linken Jungparteien, diversen Friedensorganisationen und Greenpeace.

Von Lewin Lempert

Total kosten die neuen Luxus-Kampfjets die Schweizer Bevölkerung 24 Milliarden Franken. Dies deckte die NZZ am Sonntag einen Tag vor der Debatte im Nationalrat vom 9. Dezember auf. Am selben Tag stimmte der Nationalrat mit deutlicher Mehrheit für das grösste Rüstungsprojekt in der Schweizer Geschichte. Mit 124 zu 68 Stimmen verlief die Abstimmung im klassischen links-rechts-Schema. Dies bedeutet, dass Grüne und SP sich geschlossen gegen die Beschaffung gewehrt und alle anderen Parteien zugestimmt haben. Besonders befremdlich war die uneingeschränkte Zustimmung der Grünliberalen, obwohl sich diese ja oft besonders sparsam und ökologisch geben.

Das vorliegende Projekt zur Beschaffung neuer Kampfjets ist jedenfalls keines von beidem: Weder günstig noch grün. Dies sahen wohl auch grosse Teile der Bevölkerung so: Innerhalb von fünf Tagen gelang es, mit einer gross angelegten Online-Kampagne mehr als 10'000

Personen zu finden, die bereit sind, je fünf Unterschriften für das Kampfjet-Referendum zu sammeln.

Am 8. Januar wurde das «Referendum gegen die Kampfjet-Milliarden» dann auch definitiv lanciert. An einer Pressekonferenz im Medienzentrum des Bundes in Bern präsentierten VertreterInnen von SP, Grünen und GSoA die wichtigsten Argumente gegen das Milliardenprojekt. Unterstützt wird das Referendum zudem von JUSO, Jungen Grünen und verschiedenen Friedensorganisationen wie dem Schweizerischen Friedensrat oder den Frauen für den Frieden. Ausserdem unterstützt auch Greenpeace das Referendum ideell. An der Pressekonferenz thematisierte die SP ihre Alternative zum Kauf von milliardenteuren Luxus-Kampfjets. Anstatt auf Hochleistungskampfjets sollte die Schweiz auf leichte Kampfflugzeuge setzen, um die luftpolizeilichen Dienste aufrecht zu erhalten. Die Grünen wiesen zudem auf den grossen CO₂-Ausstoss von neuen Milliarden-Kampfjets hin. Pro Flugstunde verbraucht ein Kampfjet um die 5000 Liter Kerosin. Für die GSoA stand das Finanzargument im Zentrum. Wenn die Schweiz 24 Milliarden Franken für neue Kampfjets ausgibt, fehlt das Geld an anderen Orten: Bei der Bildung, im Gesundheitswesen oder bei der Bekämpfung der Klimakrise.

Die Sammelfrist für das Kampfjet-Referendum läuft nun bis zum 9. April 2020. Voraussichtlich am 27. September 2020 findet dann die Volksabstimmung statt – vorausgesetzt, dass wir innerhalb von 100 Tagen 50'000 gültige Unterschriften

sammeln. Die GSoA ruft darum dazu auf, nicht nur selber zu unterschreiben, sondern auch im Freundeskreis einige Unterschriften sammeln zu gehen. Auf www.kampfjets-nein.ch können Unterschriftenbögen heruntergeladen werden. Diese sind ausgefüllt an «Referendum gegen neue Kampfjets, Postfach, 8050 Zürich» zu schicken. Vielen Dank für die Mithilfe!

In zahlreichen Schweizer Städten werden Unterschriften gegen die milliardenteuren Kampfjets gesammelt. Foto: GSoA



LUXUS-KAMPFJETES

Nein zur Verschleuderung von Steuermilliarden

24 Milliarden Franken will das Parlament für neue Luxus-Kampfjets ausgeben. Das ist Geld, welches bei der Bildung, dem Gesundheitswesen und der Bekämpfung des Klimawandels fehlen wird. Günstigere Alternativszenarien, welche den Luftpolizeidienst auch in Zukunft gewährleisten würden, sind vom VBS nicht einmal geprüft worden. Von Laura Riget

«Zu teuer.» Sei es beim Vaterschaftsurlaub, bei der Prämienverbilligung oder bei der Erhöhung der AHV-Renten: Das bürgerliche Mantra ist klar. Man müsse einen verantwortungs-

vollen Umgang mit dem Geld der SteuerzahlerInnen üben und könne nicht einfach Geld aus dem Fenster schmeissen. Argumente, welche anscheinend aber nicht immer gelten: Denn in der Wintersession 2019 hat die Mitte-Rechts-Mehrheit des Parlaments dem Kauf von neuen Kampfjets für sechs Milliarden Franken zugestimmt. Berechnet man die Unterhalts-, Instandhaltungs- und Betriebskosten mit, geht es um satte 24 Milliarden Franken über die ganze Lebensdauer der Jets.

Wer die Folgen dieser verfehlten Finanzpolitik tragen wird, ist klar. Mit Sparpaketen und Steuererhöhungen muss jene Summe hereingeholt

werden, die beim Armeebudget wegen der neuen Jets erhöht wurde.

Luftpolizei ist auch ohne neue Kampfjets sichergestellt

Der Bundesrat antwortete auf eine Interpellation von Roland Fischer, GLP-Nationalrat, es bräuhete lediglich acht Flugzeuge für einen verstärkten Luftpolizeidienst. Um das Training gewährleisten zu können und über eine strategische Reserve zu verfügen, könnten zusätzlich noch vier Kampfjets eingerechnet werden. Damit würde die maximale Anzahl der benötigten Kampfjets für eine verstärkten Luftpolizeidienst bei zwölf liegen. Auch der internationale Vergleich zeigt, dass eine Luftpolizei dieser Grössenordnung vernünftig wäre.

Dies bedeutet, dass die 30 vorhandenen F/A-18 längst zur Erfüllung des Luftpolizei-Auftrags genügen und jeder zusätzliche Kauf zur bestehenden Flotte somit unnötiger Luxus ist. Mit dem Rüstungsprogramm 2017 sorgten Bundesrat und Parlament zudem dafür, dass die F/A-18 sicher bis mindestens 2030 voll einsatzfähig sind. Daneben wären eine Alternative für den Luftpolizeidienst die sogenannten leichten Kampfjets wie die SP Schweiz in ihrem Konzept «Air2030plus» aufzeigt. Solche kostengünstigere Alternativszenarien wurden jedoch vom VBS nicht einmal geprüft.

Wirkungslose und kostspielige Gegengeschäfte

Wie üblich bei Rüstungsgeschäften hat das Parlament auch beschlossen, dass der milliardenschwere Kauf der neuen Kampfjets mit Gegengeschäften der Hersteller kompensiert werden soll. Erstmals soll der ausländische Hersteller 60 Prozent des Vertragswerts wieder im Schweizer Industrie-Sektor investieren soll – üblich waren bisher 100 Prozent. Solche Off-

set-Geschäfte treiben den Kaufpreis natürlich in die Höhe.

Die Überlegung dahinter ist, dass wenn man die Schaffung von Arbeitsplätzen, das Steueraufkommen, den Technologietransfer und den verbesserten Marktzugang berücksichtige, die Effekte von Gegengeschäften für die ganze Volkswirtschaft positiv seien. Ein höchst fragliches Argument, wie selbst die Eidgenössische Finanzkontrolle bestätigt. In ihrer Studie von 2007 kam sie zum Schluss, dass Gegengeschäfte bei Rüstungsprogrammen kaum wirtschaftlich nachhaltige Wirkungen auf Schweizer Firmen haben.

Es ist somit klar, dass es nicht um wirtschaftliche Förderung geht, sondern um Marketing, um die Akzeptanz des zu beschaffenden Rüstungsgutes bei der Stimmbewölkerung zu erhöhen. Die Offset-Geschäfte werden zum politischen Verkaufsargument, dass die sechs Milliarden der Schweizer SteuerzahlerInnen wieder kompensiert werden.

Zweieinhalbfache Ausgaben!

Zusammengefasst heisst das: Das Parlament möchte Kampfjets kaufen, die wir für einen verstärkten Luftpolizeidienst überhaupt nicht benötigen. Anstatt nur leichte Kampfjets zu kaufen, werden Luxuskampfjets bevorzugt, welche durch die protektionistischen Gegengeschäfte noch teurer werden. All das für 24 Milliarden Franken – Geld, welches in allen anderen Bereichen fehlen wird. Erst 2014 haben 53,4 Prozent der Stimmbewölkerung Nein zum Gripen gesagt – welcher «nur» zehn Milliarden Franken gekostet hätte.

Anscheinend hat das VBS nicht aus seinem Fehler gelernt und versucht es jetzt nochmals, und zwar zum zweieinhalbfachen Preis. Ganz nach dem Motto: «Dörf's äs bitzeli meh si?». Diese Geldverschwendung können wir nicht akzeptieren. Wir sind bereit für eine starke NEIN-Kampagne wie bei der Gripen-Abstimmung!

Die Medienkonferenz zur Lancierung des Referendums war gut besucht. Foto: GSoA



UNDURCHSICHTIG

Die Katze im Sack kaufen?

Niemand kauft sich ein technisches Gerät, ohne zu wissen, was es denn genau für eines sein soll. Oder gehst Du in den Laden und sagst, ich hätte gerne einen Fernseher für sechshundert Franken, das Modell ist mir egal? Der Bundesrat verlangt aber genau das von der Stimmbevölkerung beim Entscheid über den Kauf neuer Kampfjets für 24 Milliarden Franken. Von Adi Feller

Wieso schlägt der Bundesrat überhaupt ein solches Vorgehen vor? Weil er eben gerade aus der Gripen-Abstimmung 2014 gelernt hat, dass der vorgeschlagene Kampfjet-Typ eine entscheidende Rolle spielt bei einem solchen Kaufentscheid. Genau deshalb ist der Entscheid des Bundesrates, den Kampfjet-Typen erst nach der Abstimmung zu bestimmen, eine bewusste Mogelpackung für die Stimmbevölkerung. Wenn der Bundesrat unbedingt neue Kampfjets beschaffen will, soll er wenigstens sagen, welche Kampfflugzeuge und wie viele davon. Alles andere ist undemokratisch.

Wichtige Unterschiede

Es ist entscheidend, von welchen Ländern die Schweiz sich mit einem solchen Kampfjetkauf abhängig macht. Waffen und Ersatzteile können nicht in der Schweiz produziert werden,

müssen also immer aus dem Herstellerland importiert werden. Und da macht es vielleicht doch einen Unterschied, ob man sich von den USA oder den umliegenden europäischen Ländern abhängig macht. Wenn die USA ihren nächsten völkerrechtswidrigen Krieg starten sollten (man erinnere sich an die Irak-Invasion 2003), gibt es vielleicht keinen Nachschub mehr für die Schweiz, weil die Waffen gerade für einen Krieg benötigt werden. Nicht dass sich die umliegenden europäischen Kampfjet-Staaten viel weniger militaristisch-interventionistisch gebärden würden (die Briten waren im Irak ja auch dabei), aber gelegentlich gibt es doch markante Unterschiede (immerhin betreiben die meisten europäischen Staaten keine global agierenden Killerdrohnen, die irgendwo auf der Welt fast tagtäglich ZivilistInnen als «Kollateralschäden» töten). Und immerhin ist so ein Kampfjet-Kaufentscheid auch eine finanzielle Unterstützung für die Verkaufsstaaten und die entsprechenden Rüstungskonzerne sowie ein Werbemittel für deren weitere globalen Rüstungsverkäufe. Da sollten sich die Stimmberechtigten doch konkret dazu äussern dürfen.

Und es wäre ja schon auch schön, wenn die Stimmbevölkerung entscheiden könnte, ob ihre Kampfjetflotte nicht einsatzbereit sein soll,

weil: Keine Ersatzteile vorhanden sind und diversen Wartungsproblemen (Eurofighter), ihre Waffensysteme im Einsatz teils nicht richtig funktionieren (Rafale), die Piloten wegen technischer Probleme unter Sauerstoffmangel leiden (F/A-18 Super Hornet) oder ihre Flugzeuge so multifunktional sind, dass sie unter multiplen technischen Problemen leiden, weil sie noch nicht ausgereift sind (F-35). Eine solche Entscheidung darf nicht einfach irgendwelchen Experten überlassen bleiben, denn sie ist höchst relevant für die Sicherheit der Schweiz.

Wer soll entscheiden?

Der Bundesrat möchte den Typen-Entscheid den sogenannten Experten des Bundesamtes für Rüstung (armasuisse) überlassen. Wie unabhängig und weise diese sind, haben sie in der jüngsten Vergangenheit immer wieder bewiesen: Entscheide wie die Duro-Modernisierung (zum eineinhalbfachen Kaufpreis), der Kauf der Elbit Drohnen (mit Dieselmotor statt Benziner, mit zusätzlichen Kosten und Lieferverzögerung), oder dem Cobra-Minenwerfer der Ruag (der bis heute nicht funktioniert). Das waren keine unabhängigen Entscheidungen, es ging nur um eine Form von Industriesubvention. Es scheint, also ob alles, was Ruag oder Mowag produziert, von der Schweizer Armee gekauft werden muss, ohne Alternative. Was heisst das nun für die Kampfjet-Entscheidung? Jeden-

falls, dass sie nicht unabhängig erfolgen wird und das Lobbying hinter den Kulissen auf vollen Touren laufen wird. Auch wenn das VBS mehr Transparenz verspricht, beispielsweise bei den Gegengeschäften, so sollen nicht mal die Geldwerte der einzelnen Gegengeschäfte veröffentlicht werden. Und das «kontrollierende» Offset-Büro besteht einzig aus Vertretern der Rüstungsindustrie und finanziert sich selber über den Wert der angerechneten Gegengeschäfte. Transparenz sieht anders aus.

Es gibt nur eine richtige Entscheidung: Die Stimmbevölkerung über alle relevanten Aspekte der Beschaffung entscheiden zu lassen, nicht nur über einen von der Regierung ausgewählten Teilaspekt. Solange das nicht erfüllt ist, kann es eigentlich nur einen angemessenen Entscheid geben: Ein wuchtiges Nein zur Katze im Sack an der Urne.

KAMPFJETTS

Die CO₂-Schleuder des Parlaments

Aus sicherheitspolitischer Perspektive sind die Kampfjets eine Nullnummer. Dass sie darüber hinaus eine fatale Umweltbilanz haben, macht die anstehende Anschaffung umso fragwürdiger. Von Magdalena Küng

Es gibt wohl kaum jemanden auf dieser Welt, die oder der sich ernsthaft gegen die These wehren würde, dass nachhaltige Sicherheitspolitik in erster Linie Prävention bedeutet. Das allgemeine militärische Aufrüsten, das die

Länder des globalen Nordens zu gegenseitigen Höchstleistungen anspornt, ist unbeachtet dessen immer noch die Hauptstrategie, ohne dass darin auch nur die Spur eines Argumentes für mehr globale Sicherheit zu finden wäre. Die Schweiz eifert fleissig nach – und will Kampfjets kaufen, deren einzige Leistung sein wird, mehr CO₂ in die Atmosphäre zu pumpen. Dass Flugzeuge per se nicht die beste CO₂-Bilanz aller Transportmittel haben, ist keine Neuigkeit. Tatsächlich ist es aber auch nicht die Aufgabe der Sicherheitspolitik, sich über mögliche Massnahmen zur Reduktion von Flugzeugeinsätzen im zivilen Bereich Gedanken zu machen. Eine neue Kampfjetflotte kaufen zu wollen, die anstelle eines sicherheitspolitischen Mehrwertes einfach nur mehr Umweltverschmutzung bringt, ist es aber ganz sicher auch nicht.

Kein Nutzen, viel Verschmutzung

Eine F/A-18-Maschine verbraucht pro Flugstunde ungefähr 5000 Liter Treibstoff. Damit kommt ein normaler Personenwagen 2,5 Mal um die Welt. Sowohl der Personenwagen wie auch die F/A-18 stossen dabei 15 Tonnen CO₂ aus. Nur: Der Kampfjet hat nach einer Flugstunde noch keine Familie in die Ferien gefahren, keine Güter transportiert und keine Post zugestellt. Natürlich gäbe es Alternativen, die weniger CO₂-Emissionen versprechen, als das Verbrennen von fossilen Stoffen. Biokraftstoffe, die – zumindest bei neutraler Gewinnung – nur so viel CO₂ freigeben, das sie vorher aus der Atmosphäre aufgenommen haben, werden nicht in absehbarer Zeit für die militärische Luftfahrt verwendet werden können. Momentan ist die Luftwaffe für die Hälfte des CO₂-Ausstosses der Schweizer Armee verantwort-

lich. Das VBS hat sich zum Ziel gesetzt, die CO₂-Emissionen bis 2035 um 35 Prozent zu reduzieren. Von momentan 240'000 Tonnen CO₂ pro Jahr soll die Armee also runter auf 156'000 Tonnen. Allerdings kommt keiner der vier Kampfjettypen, die als möglicher Ersatz der aktuellen Flotte zur Diskussion stehen, mit dem Siegel «besonders ressourcenschonend» daher. Es ist also mehr als fraglich, ob das VBS auch nur in die Nähe der angepeilten Reduktion kommt. Und merkwürdigerweise scheint das Parlament immer dann, wenn es um Anschaffungen der Armee geht, auch überhaupt keinen Wert darauf zu legen, dass irgendwie vernünftig mit natürlichen (und finanziellen) Ressourcen umgegangen wird.

Total mindestens 24 Milliarden

Angesichts der Tatsache, dass die einzige Aufgabe der Armee es ist, die Bevölkerung zu schützen, mutet es doch etwas eigenartig an, dass Klimathemen praktisch überhaupt nicht auf dem Radar der Sicherheitspolitik auftauchen. Klimaschutzende Massnahmen werden regelmässig vehement bekämpft und nur dann gutgeheissen, wenn sie möglichst nichts kosten oder sogar Gewinn abwerfen. Für die Kampfjetbesorgung werden aber einfach so sechs Milliarden Franken durchgewunken. Was sich das Parlament hier also leistet, ist weder eine sinnvolle Investition in die Zukunft noch etwas, das nicht weiter ins Gewicht fallen würde: Das Parlament will Kampfjets kaufen, die nichts nützen, die Umwelt verpesten und über die gesamte Lebenszeit mindestens 24 Milliarden kosten werden – denn unterhalten muss man die CO₂-Schleudern ja doch, wenn sie einmal in der Garage stehen.

Der Kampfjetkauf steht diametral zu den Forderungen der Klimabewegung.
Foto: wikimedia.org, MHM55 (siehe S. 8)



WAFFENEXPORTE

Kriegsmaterialexporte explodieren

Die Waffenexport-Zahlen für die ersten neun Monate im Jahr 2019 sind im Vergleich zur Vorjahrsperiode um 60 Prozent gestiegen. Von Nadia Kuhn

Wurde zwischen Januar und September 2018 noch Kriegsmaterial in der Höhe von rund 300 Millionen Franken ins Ausland exportiert, so stiegen die Exporte im gleichen Zeitraum 2019 auf knapp eine halbe Milliarde Franken an. Die Schweiz hat damit in den ersten neun Monaten des Jahres schon beinahe so viele Waffen exportiert wie im gesamten Jahr 2018 und schon mehr als in den Jahren 2015, 2016 und 2017.

Dieser massive Anstieg der Kriegsmaterialexporte ist besorgniserregend, denn: Waffen sind

kein Produkt wie jedes andere. Sie werden produziert, um Menschenleben auszulöschen – möglichst viele, möglichst effizient.

Auch Waffenexporte in vermeintlich sichere Länder wie die USA sind hochproblematisch. Man führe sich nur mal die ausufernde Waffengewalt, die jedes Jahr tausende Menschenleben kosten, oder den verheerenden «war against terror» vor Augen. Trotz dieser schwierigen Ausgangslage genehmigte das SECO Waffenexporte in der Höhe von 27 Millionen Franken in die USA.

Waffen für den Jemen-Krieg

Besonders stossend sind die Exporte in eine Reihe von Ländern, die in bewaffnete Konflikte involviert sind oder in denen gravierende

Menschenrechtsverletzungen stattfinden. So exportierte die Schweiz etwa Kriegsmaterial für 1.2 Millionen Franken an Saudi-Arabien – und das trotz der zentralen Rolle, die Saudi-Arabien im Jemen-Krieg einnimmt. Auch an die Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Bahrain, welche ebenfalls an den Kampfhandlungen in Jemen beteiligt sind, lieferte die Schweiz Waffen – an die VAE im Wert von rund einer Million, an Bahrain in der Höhe von 5.5 Millionen.

Der massive Anstieg der Waffenexporte sowie die lasche Bewilligungspraxis des SECO sind skandalös. Dabei wäre es endlich an der Zeit, dass die Schweiz versuchen würde, Konflikte und Kriege friedlich zu lösen, statt diese noch weiter anzuheizen.

RUAG

Erstausstausch dilettantisch

Im Frühling 2016 wurde bekannt, dass die RUAG von einem Cyberangriff betroffen war. Der Angriff führte zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen der Informatiksicherheit. Auch das VBS musste nach diesem Vorfall Kritik einstecken. Wer nun glaubt, die RUAG und das VBS hätten ihre IT-Systeme nun im Griff, sieht sich getäuscht.

Von Martin Parpan

Die nach dem Cyberangriff prüfende Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates (GPK-N) untersuchte neben dem eigentlichen Cyberangriff die grundsätzlichen Zusammenarbeitsprozesse des VBS und der RUAG. Betreffend dem Verhalten beim Cyberangriff kam die GPK-N zum Schluss, dass das VBS «grundsätzlich» angemessen auf den Vorfall reagiert hatte. In Bezug auf die Zusammenarbeit von VBS und RUAG sind aber auch fast vier Jahre nach dem Vorfall Baustellen offen, die doch sehr erstaunlich sind. Ein Beispiel: Im Juni 2018 hatte der Bundesrat entschieden, jenen Teil der RUAG, welcher für die Sicherstellung der Ausrüstung der Armee zuständig ist, von den anderen RUAG-Teilen (RUAG International) zu trennen. In diesem Zusammenhang wurde auch entschieden, die Daten, die zu dieser Einheit gehören, in den so-

genannten Sicherheitsparameter des VBS zu integrieren. Es zeigt sich nun, dass die Integration dieser Daten das VBS vor schwerwiegende Probleme stellt. Mangelhaft bzw. unvollständig klassifizierte Daten, die zudem nach wie vor infiziert sein könnten, sind der Grund dafür. Viola Amherd musste eingestehen, dass die Integration der Daten in den Sicherheitsparameter des VBS schwieriger sei als erwartet. Zudem handle es sich um mehr Daten, als ursprünglich angenommen. Man kommt vom Eindruck nicht los, dass das VBS die Situation nicht unter Kontrolle hat. Erstaunlich ist dieser Umstand vor allem auch deshalb, weil das VBS über eine Cyber-Defence-Einheit verfügt, die für sich den Anspruch definiert, ihre eigenen Informations- und Kommunikationssysteme und -Infrastrukturen jederzeit vor Cyber-Angriffen schützen zu können. Wie das VBS diesem Anspruch gerecht werden will, wenn bereits die Integration von Daten von einem System in ein anderes System zu solchen Problemen führt, bleibt schleierhaft.

Undurchsichtig

Ein weiterer Sachverhalt, den die GPK-N bemängelte, wirkt zudem sehr irritierend. Die GPK-N stellte fest, dass zu Zeiten von Guy Parmelin Gespräche zwischen ihm und dem

Verwaltungsratspräsidenten der RUAG stattgefunden hatten, die nicht protokolliert wurden. Viola Amherd gelobte Besserung und liess verlauten, dass es bei ihr keine informellen Gespräche gebe bzw. jedes Gespräch protokolliert würde. Dies ist allerdings nachweislich nicht der Fall. Im März 2019 fand ein bilaterales Gespräch zwischen ihr und dem Ver-

waltungsratspräsidenten der RUAG statt, welches nicht protokolliert wurde. Alles nachzulesen im Bericht der GPK-N.

Fazit: Man kommt vom Eindruck nicht los, dass das VBS überfordert ist, wenn es darum geht, reale Probleme zu lösen. Fehlende Protokolle verleihen dem Ganzen zusätzlich einen faden Beigeschmack.



WAFFENEXPORTE

Neues zur Korrektur-Initiative

Der Druck der Bevölkerung wirkt: Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative) zwar ab, stellt aber einen indirekten Gegenvorschlag sowie ein Vernehmlassungsverfahren in Aussicht. Von Moritz Lange

Wir erinnern uns: Mitte Mai 2018 hatte der Bundesrat angekündigt, die Kriterien bezüglich Kriegsmaterialexporten zu lockern. Daraufhin kündete eine breite Allianz von BDP bis zu den Grünen und natürlich der GSoA eine Volksinitiative an, falls der Bundesrat die Lockerung nicht zurücknimmt. Der Bundesrat hörte nicht (oder zu spät) auf die Bevölkerung und so wurde im Dezember 2018 die Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegs-

länder (Korrektur-Initiative) lanciert. Die Initiative verlangt eine Rückkehr zum Status quo von 2014. So wird mit der Korrektur-Initiative nicht nur ein Verbot von Waffenexporten in Bürgerkriegsländer gefordert. Vielmehr soll auch der Entscheid des Bundesrats von 2014 rückgängig gemacht werden, wonach Waffenexporte in Länder mit systematischer und schwerwiegender Verletzung der Menschenrechte erlaubt wurden. Innert nur drei Monaten kamen über 130'000 Unterschriften zusammen und so konnte die Korrektur-Initiative schon im Sommer 2019 bei der Bundeskanzlei eingereicht werden.

Zwei Varianten

Nun hat der Bundesrat auf die Initiative reagiert. Wenig überraschend ist, dass der Bun-

desrat die Korrektur-Initiative ablehnt. Allerdings hat er angekündigt, dass es einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative geben wird, welcher bis Ende März 2020 vorliegen soll. Geplant ist, zwei Varianten in die Vernehmlassung zu schicken:

Die erste Variante sieht vor, die Bewilligungskriterien für Waffenexporte neu in einem Bundesgesetz zu regeln anstelle einer Verordnung. Damit würde eines der Ziele der Korrektur-Initiative erfüllt werden. Allerdings würde in dieser Variante, die im Jahr 2014 eingeführte Ausnahme weiterhin bestehen, was klar den Zielen der Korrektur-Initiative widerspricht. Auch will der Bundesrat in der ersten Variante eine Ausnahmeregelung, welche es ihm ermöglichen würde, selbstständig eine befristete Anpassung an den Bewilligungskriterien vorzu-

nehmen. Dies sei notwendig, um schnell auf veränderte Umstände zu reagieren. Sofern diese Regel dazu dient, notfalls Waffenexporte in ein bestimmtes Land zu unterbinden, ist dagegen nichts auszusetzen.

Die zweite Variante sieht schon viel besser aus. Aus dem was der Bundesrat bis jetzt dazu gesagt hat, lässt sich schliessen, dass diese eine vollständige Umsetzung der Korrektur-Initiative darstellt. Die Bewilligungskriterien für Kriegsmaterialexporte würden danach in einem Bundesgesetz geregelt, so dass bei künftigen Änderungen ein Referendum möglich ist. Auch soll die Ausnahmeregel, die im Jahr 2014 eingeführt wurde, gestrichen werden.

Wie genau die beiden Varianten des Gegenvorschlags aussehen, lässt sich erst sagen, wenn der definitive Entwurf vorliegt. Wir warten gespannt auf Ende März.

CHILE

Mit Schweizer Waffen gegen die eigene Bevölkerung

Der Andenstaat am anderen Ende der Welt ist wieder in aller Munde. Bilder von Soldaten die durch Strassen marschieren und Polizisten die auf DemonstrantInnen schießen, gehen um die Welt. Diese reagieren mit Aufrufen die Menschenrechte zu respektieren und verlangen ein Einstellen der Gewalt. Nur die Schweiz bleibt stumm.

Von Malte Seiwerth

20. Oktober 2019. Auf dem zentralen Platz in Santiago de Chile, der Plaza Italia, steht ein Soldat. In seiner Hand ein Sturmgewehr der Schweizer SIG. Neben ihm, ein paar Meter entfernt ein Panzer der MOWAG. Beide wurden vermutlich in den 80er Jahren – unter der Militärdiktatur von Augusto Pinochet – vom chilenischen Militär hergestellt. Die Geschichte beider Waffen erzählt viel über die Schweizer Waffenfabrikanten und die Rolle des Bundes in einer «schmutzigen» Beziehung. Diese begann in den 1960er Jahren und dauert bis heute an.

Exportförderung und Waffenerneuerung

Anfang der 1960er Jahre suchte das chilenische Militär einen Weg, seine Waffen zu erneuern. Auf ihrer Suche fanden sie die SIG und die MOWAG in der Schweiz. Die ersten Verkäufe fanden noch in den 60er Jahren statt und wurden vom Bund mit der Zusage einer Exportrisikogarantie im Falle eines Ausfalls der Zahlungen unterstützt. Bis 1971 verkauften beide

Unternehmen, zusammen mit Oerlikon Bührle, laut Dokumenten aus dem Bundesarchiv Waffen und Munition im Wert von mindestens 46 Millionen Franken an den chilenischen Staat. 1973 putschte das Militär. Es war der Beginn

einer der blutigsten Diktaturen in Lateinamerika. Der Bund hatte schon ab 1972, aufgrund der politischen Instabilität, ein Waffenembargo verhängt. Die Militärdiktatur unter Augusto Pinochet begann nicht nur einen Krieg gegen

die eigene Bevölkerung, sondern war kurz davor, Ende der 70er Jahre gegen Argentinien, Peru und Bolivien Krieg zu führen. Für all dies brauchte sie Waffen. Auch hier kamen Schweizer Waffenfirmen zu Hilfe. Nachdem der Bund mehrmals einen Export untersagte, verkauften beide Unternehmen Produktionslizenzen an die Waffenschmiede der chilenischen Streitkräfte. Ab Anfang der 80er Jahre begannen die Vorbereitungen für die Produktion beider Waffen. Im Fall der SIG ging dies so weit, dass Maschinen zur Fabrikation an den Andenstaat verkauft und regelmässig Militärs in der Fabrik in Neuhausen empfangen wurden.

Während der 80er Jahre tobten heftige Proteste gegen die Diktatur. Gegen diese wurde das Militär eingesetzt. Dieses verwendete nun als Standardgewehr das SIG510 und das SIG540. Gleichzeitig fuhren die MOWAG-Panzer durch die Strassen der Armenviertel. 1990 nahm erstmals wieder eine demokratische gewählte Regierung das Amtsgeschäft auf. Das Waffenembargo wurde am ersten Tag des Amtsantritts von Patricio Aylwin aufgehoben. Das chilenische Aussenministerium vermeldete einen sofortigen Anstieg der Waffenimporte aus der Schweiz. Innerhalb von fast 30 Jahren demokratisch gewählter Regierungen wurden wichtige soziale Reformen nicht durchgesetzt. Heute wurde gegen den Unmut der Bevölkerung wieder das Militär eingesetzt. Heute wie damals mit Schweizer Waffen.



Massenprotest in Chile im Oktober 2019.
Foto: [wikimedia.org](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hugo_Morales), Hugo Morales (siehe S. 8)

WAFFENTRANSPORTE

Keine Waffen für die Bahri Yanbu

Waffen müssen nicht nur hergestellt werden. Es braucht auch Menschen, die das Kriegsmaterial von der Fabrik zum Abnehmer befördern. Immer wieder leisten diese Menschen Widerstand dagegen.

Von Andreas Weibel

Saudi-Arabien ist weltweit mit Abstand der grösste Käufer von Kriegsmaterial. Seit das Land in den Krieg im Yemen eingegriffen hat, ist das Kaufvolumen nochmals angestiegen. Das staatliche Schifffahrtsunternehmen Bahri unterhält sechs Frachtschiffe, die regelmässig die grossen Handelshäfen der Industriestaaten ansteuern, um das Material aufzunehmen und nach Saudi-Arabien zu bringen. Eines dieser Schiffe ist die Bahri Yanbu.

Als erster weigerte sich im März 2017 Ignacio Robles, ein Feuerwehrmann im Hafen von Bil-

bao, die Bahri Yanbu mit Waffen zu beladen. Als ihm die Hafenbehörden Konsequenzen androhten, unterschrieben 170 000 Menschen eine Onlinepetition aus Solidarität mit ihm. Diverse lokale Organisationen führten bei den nächsten Stopps der Frachter von Bahri Protestaktionen durch, kletterten teilweise gar auf die Schiffe, bis sich Bahri im März 2018 ganz aus Bilbao zurückzog.

Blockaden in zahlreichen Ländern

Später in dem Jahr zogen die Hafentarbeiter in St. John an der kanadischen Ostküste nach und weigerten sich, Radschützenpanzer auf die Bahri Yanbu zu laden. Das Schiff fuhr weiter zu einem geplanten Halt in Bremerhaven. Dort wurden wegen den in Deutschland seit dem Mord am saudischen Journalisten Jamal Khashoggi geltenden Sanktion zwar kein neues

Kriegsmaterial aufgeladen, die «Linke» brachte jedoch im Stadtparlament den Vorstoss ein, den Hafen künftig für sämtliche Waffenlieferungen zu sperren.

Die Bahri Yanbu fuhr weiter nach England und wollte danach Le Havre anlaufen, um acht Kanonen für Haubitzen aufzunehmen. Menschenrechtsgruppierungen hatten unterdessen jedoch Anzeigen eingereicht, weil die Saudis die Waffen für Kriegsverbrechen im Yemen verwenden könnten, und die Gewerkschaft CGT rief ihre Mitglieder auf, keine Waffen zu verladen. Die Bahri Yanbu legte nicht an und die Kanonen wurden wieder aus dem Hafen wegtransportiert. Nach einem Stopp in Santander fuhr das Schiff weiter nach Genua. Auch dort konnte es keine Fracht aufnehmen, weil die Hafentarbeiter das Schiff blockierten. Dasselbe später in Marseille.

Seither ist jeder Stopp der Bahri-Flotte in Europa ein Risiko für das Unternehmen – teilweise müssen Sondereinsatzkommandos der Polizei die Verladen schützen.

Und die Schweiz?

Wie der Sonntagsblick Anfang Dezember 2019 berichtete, transportiere auch ein Frachter der Schweizer Hochseeflotte Mörsergranaten von Bulgarien nach Saudi-Arabien. Das EDA teilte mit, dass es sich nur für die Schifffsicherheit zuständig fühle, nicht jedoch für die transportierte Fracht. Regelmässig landen Transportflugzeuge in Kloten, um Munition und Bestandteile für Flab-Kanonen abzuholen, welche die Rheinmetall Air Defence in Oerlikon produziert. Wer weiss, vielleicht werden auch FlughafenarbeiterInnen sich einst weigern, explosive Fracht in Kriegsgebiete zu liefern.

SYRIEN

Türkischer Angriffskrieg in Rojava

Am 09. Oktober läuteten die Bombardements durch die türkische Luftwaffe den Angriffskrieg auf die nordsyrischen Gebiete, genannt Rojava, ein. Vom Seki

Rojava entwickelte sich in Mitten des syrischen Bürgerkrieges zu einem der progressivsten Orte in der Region. Die zivilen Kernpunkte bestehen u.a. aus einem basisdemokratischen Ansatz, einer nachhaltigen Ökologie, der Überwindung von Geschlechterungleichheiten und dem Zusammenleben verschiedener Religio-

nen. In Rojava wurden hunderttausenden von Geflüchteten bedingungsloses Asyl gewährt. Die politische Ausrichtung, aber auch die neugewonnene Autonomie der kurdischen Bevölkerung, war dem türkischen Staat von Beginn an, ein Dorn im Auge. Mit dem Einmarsch des Militärs und zahlreicher extremistisch-religiöser Unterstützungsgruppen stürzt die Türkei Millionen von Menschen in einen weiteren schwerwiegenden Krieg. In den knapp drei Monaten seit Beginn des Krieges wurden bereits zahlreichen Kriegsverbrechen dokumen-

tiert. Die Weltgemeinschaft hüllt sich derweil in grosses Schweigen oder verstrickt sich in ergebnislose Verhandlungen.

Schweizer Verstrickungen

Auch die Schweiz ist dabei indirekt am Krieg beteiligt. So fanden sich rund um den syrischen Bürgerkrieg immer wieder dokumentierte Funde von Waffen, Munition oder Handgranaten aus der Schweiz. Diese gelangten meist über Umwege in das Kriegsgebiet. Ein Teil dieser Kriegsgüter befinden sich nun in den

Händen der extremistisch-religiösen Milizen. Des Weiteren investieren Schweizer Banken, wie die UBS oder die Credit Suisse in Rüstungsunternehmen wie General Dynamics, welches einen wichtigen Partner für die türkische Luftwaffe darstellt. Um eine humanitäre Katastrophe und die erneute Destabilisierung der Region zu verhindern ist es wichtig, diesen völkerrechtswidrigen Krieg zu stoppen und eine politische Lösung zu finden. Dazu braucht es aber auch mehr zivilgesellschaftlichen Druck auf die Regierungen, um alle an den Verhandlungstisch zurückzubringen.

SEKI

Neue Köpfe in Zürich und ein Abschied in Genf

Im Ausblick auf das ereignisreiche Jahr 2020 hat unser Sekretariat in Zürich Verstärkung bekommen: Nadia Kuhn und Laura Riget arbeiten neu als politische Sekretärinnen bei der GSoA. Gleichzeitig verlässt uns im Genfer Sekretariat Jean Burgermeister. Von Lewin Lempert

Seit Anfang November bläst ein frischer Wind im Zürcher GSoA-Sekretariat: Zwei neue politische Sekretärinnen begannen mit ihrer Arbeit. Dies hatte schnell Auswirkungen auf den Büroalltag, da zuerst die veraltete Büroinfrastruktur – konkret: der alte Kabelsalat – geordnet werden musste. Als alles wieder funktionstüchtig war, ging es auch schon los mit der Arbeit. Dass gleich zwei Personen neu beginnen würden, war eine äusserst sinnvolle Entscheidung. Die Vorbereitungen für das Kampftjet-Referendum nahmen gleich zu Beginn die Ressourcen der neuen

(und auch bisherigen) Personen ein. Zum Glück haben Laura und Nadia bereits beide einen gut gefüllten Rucksack voll an Kampagnen-Erfahrungen und konnten dadurch gleich von Beginn an richtig loslegen.

Zwei neue Köpfe: Laura und Nadia

Laura Riget stammt aus dem Tessin und ist dort gewählte SP-Grossrätin. Zudem arbeitet sie seit längerem als persönliche Mitarbeiterin von SP-Ständerätin Marina Carobbio. Im Tessin hat sie bereits mehrere Abstimmungskampagnen geleitet, beim Bund im letzten Jahr ein Hochschulpraktikum absolviert. **Nadia Kuhn** ist innerhalb der Klima- und der Frauenstreikbewegung gut vernetzt und versteht sich als politische Aktivistin. Ausserdem ist Nadia Kuhn Co-Präsidentin der Zürcher JUSO und hat in dieser Funktion bereits viel politische Kampagnenerfahrungen sammeln können. Beide inte-

ressieren sich stark für die friedenspolitischen Anliegen der GSoA und sind sehr motiviert, um ihren Teil bei den kommenden grossen Projekten beizutragen. Genau das brauchen wir bei der GSoA! An Arbeit wird es ihnen bekanntlich auch nicht mangeln. Neben dem Kampftjet-Referendum steht auch das Zivildienst-Referen-



Nadia Kuhn und Laura Riget.

dum vor der Tür. Ausserdem werden in den nächsten ein bis zwei Jahren die Abstimmungen über die Kriegsgeschäfte- wie auch über die Korrektur-Initiative folgen. Bei all diesen Referendums- und Initiativbegehren wird ihre Motivation und Erfahrung entscheidend sein.

Abgang in Genf: Au revoir Jean!

Während wir uns in Zürich über zwei neue Personen freuen dürfen, müssen wir in Genf **Jean Burgermeister** verabschieden. Jean hat in seiner Zeit bei der GSoA mit viel Energie die Beratungen von Armeeingehörigen übernommen, die es in der Armee nicht mehr ausgehalten haben oder in den Zivildienst wechseln wollten. Diese Arbeit gehört zur GSoA-DNA. Umso trauriger macht es uns, Jean ziehen zu lassen. Wir sind jedoch überzeugt, dass er beruflich noch viele weitere spannende Herausforderungen finden wird und der GSoA in der einen oder anderen Form erhalten bleibt. Zum Schluss gilt es nur eins zu sagen: Au revoir Jean et bienvenue aux nouvelles.



GSoA-Material...



Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____
 Str./Nr. _____ PLZ/Ort _____
 Tel. _____
 E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

Stck.	Bezeichnung	für Frau/Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
<input type="checkbox"/>	Peace-Button			Fr. 1.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	OF OM	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «If war is the answer...»	OF OM	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Pullover «If war is the answer...»	OF OM	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Stopp Kampftjets!»	OF OM	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Gregor»	OF OM	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
<input type="checkbox"/>	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.-	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
<input type="checkbox"/>	Friedensfahne		<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
<input type="checkbox"/>	Kleber			kostenlos	
<input type="checkbox"/>	Jasskarten	Ode Set	Ofr Set	Fr. 5.-	
<input type="checkbox"/>	Feldpost-Päckli			Fr. 60.-	

Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:

<input type="checkbox"/>	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!	Fr. 2.-
<input type="checkbox"/>	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!	Fr. 15.-
<input type="checkbox"/>	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!	Fr. 15.-

Versandkostenanteil

Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-
 Spende Fr. _____ Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-
 Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

Rechnungsbetrag

Bestellung: GSSa, CP 151, 1211 Genève 8, <https://www.gsoa.ch/shop>



Impressum

Redaktion: Aline Bressoud (ab), Thomas Bruchez (tb), Michael Christen (mc), Nicolas Félix (nf), Adi Feller (af), Magdalena Küng (mk), Nadia Kuhn (nk), Josef Lang (jl), Moritz Lange (ml), Lewin Lempert (ll), Oger (og), Martin Parpan (mp), Kishor Paul (kp), Laura Riget (lr), Judith Schmid (js, verantwortlich), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw)
Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Übersetzung:** Catherine Jost **Druck:** ROPRESS Zürich
Fotos S. 5+7: wikimedia.org: MHM55, Klima-Alarm in Bern, 8Dez2018-05.jpg und Hugo Morales, Marcha_Mas_Grande_De_Chile_2019_Plaza_Baquedano_Drone.jpg, [CC BY-SA 4.0]
Auflage: 18'800, mindestens viermal jährlich **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.-/ Nichtverdienende Fr. 50.-** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- PC-Konto: PC 40-37315-5
Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.